

## Wird die Wehrpflicht weggespart?

Wie die Schuldenkrise eine Grundsatzdebatte wiederbelebt

*Christian Weidlich*



Christian Weidlich

### 1. „Keine Tabus und Denkverbote“

*Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften [...] verpflichtet werden. (Art. 12a I Grundgesetz)*

„Ein wenig zugespitzt könnte man behaupten, dass es die Krise der Staatsbudgets nicht gäbe“, so Stefan Kornelius in der SZ, „wenn es keine Armeen gäbe. Denn die Armeen standen Pate bei der Schöpfung des modernen Finanzwesens [...], weil der Staat zur Finanzierung seiner Heere auf regelmäßige Einnahmen angewiesen war und Steuern erheben musste.“

Süddeutsche  
Zeitung,  
13.07.2010, S. 4

Wenige Jahre nach ihrer Gründung hat auch die Bundesrepublik Deutschland eine Armee aufgestellt. Zwei Jahre später im Jahr 1955 zog die Bundeswehr erstmals Männer zum Wehrdienst ein. Über die Jahrzehnte haben über acht Millionen Männer den Dienst an der Waffe abgeleistet. Bis heute wird an dieser Praxis festgehalten.

Im Kontext der Rekordneuerschuldung sowie der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse wird auch im Verteidigungsetat, immerhin mit 31 Milliarden Euro der drittgrößte Posten im Bundeshaushalt, zukünftig kräftig gespart werden müssen. Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) hat in diesem Zusammenhang mehrfach betont, dass über die Zukunft und die Struktur der Bundeswehr eine offene Debatte geführt werden müsse:

„Ich habe daher in meinem Hause auch dazu eine ergebnisoffene Prüfung angewiesen, die aber auch keine Tabus und Denkverbote enthält. Ich glaube, das ist wichtig und richtig.“

<http://tinyurl.com/2w6j8vg>

Dies schließe ausdrücklich auch die Wehrpflicht ein, so der Minister.

Weiterhin sagte zu Guttenberg: „Der mittelfristig höchste strategische Parameter, quasi als *Conditio sine qua non*, unter dem die Zukunft der Bundeswehr gestaltet werden muss, ist die Schuldenbremse, ist das globalökonomisch gebotene und im Verfassungsrang verankerte Staatsziel der Haushaltskonsolidierung.“

Die Zeit,  
17.06.2010, S. 4

Bis September will zu Guttenberg ein konkretes Konzept zur Reform der Bundeswehr vorlegen. Auch wenn noch keine Entscheidung gefallen ist, so haben die Sparzwänge die gesellschaftliche Diskussion um eine Abschaffung oder Aussetzung der Wehrpflicht wiederbelebt.

## 2. Von der Verteidigungs- zur Einsatzarmee

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die sicherheitspolitische Lage für die Bundesrepublik grundlegend verändert. Sicherheitsprobleme haben sich transnationalisiert, und die Landesverteidigung wurde mangels möglicher Gegner obsolet. Wachsende multilaterale Verpflichtungen und weltweite Einsätze in Krisengebieten verlangen daher von der Bundeswehr einen tiefgreifenden und fortdauernden Reformprozess.

Im Spiegel-Interview legte Verteidigungsminister zu Guttenberg dar, wie er sich die Zukunft der Bundeswehr und der Wehrpflicht in dieser sich verändernden sicherheitspolitischen Umgebung vorstellt.

Der Spiegel,  
14.06.2010, S. 30f.

Herr Minister, wie wird die Bundeswehr in zehn Jahren aussehen?  
Anders.

Geht es auch etwas erschöpfender?

In zehn Jahren werden wir den Reformstau der letzten Jahrzehnte überwunden haben, die Truppe wird kleiner und für die Herausforderungen asymmetrischer Bedrohungen ausgebildet sein. Es geht doch nicht, dass wir bei 252 000 Soldaten schon an der Grenze unserer Möglichkeiten angekommen sind, wenn gerade einmal 8000 Soldaten gleichzeitig im Einsatz sind. In zehn Jahren werden wir professioneller, schneller und flexibler sein. Wir werden unsere Soldaten potenziell auf der ganzen Welt einsetzen können und trotzdem den Heimatschutz nicht vergessen haben. [...]

Wird es die Wehrpflicht in zehn Jahren noch geben?

Im Grundgesetz wird es sie noch geben. Faktisch wird sie in zehn Jahren wohl abgeschafft sein. Bei einer hochprofessionellen, bestens ausgerüsteten und flexiblen Einsatzarmee haben Sie kaum noch die Kapazitäten, Rekruten auszubilden. Die Strukturkommission, mein Haus, aber auch die Fraktions- und Parteigremien werden sich jetzt damit beschäftigen.

Wir hören, die Abschaffung sei in Ihrem Haus schon beschlossene Sache. Wozu dann noch eine Strukturkommission?

Meine persönliche Tendenz mag erkennbar sein. Wir führen jetzt aber eine ergebnisoffene Debatte und Überprüfung bis Herbst durch.

Woher kommt dieser plötzliche Sinneswandel? Bislang waren Sie immer ein entschiedener Verfechter der Wehrpflicht.

Das war ich und bin ich, solange wir sie uns leisten können. Und deswegen ringe ich so mit mir. Die Wehrpflicht hat sich immerhin über 50 Jahre lang bestens bewährt. Aber jetzt müssen wir realistische Antworten finden.

Das Interview mit Verteidigungsminister zu Guttenberg macht deutlich, dass die Debatte um die Abschaffung der Wehrpflicht gleichzeitig auf zwei unterschiedlichen inhaltlichen Ebenen geführt wird. Auf der ersten Ebene geht es um finanzielle Einsparungen, die eine Abschaffung der Wehrpflicht mit sich bringen würde. Die zweite Ebene der Diskussion bezieht den Auftrag der Bundeswehr, die militärischen Fähigkeiten, die Struktur und die hierfür benötigten Finanzmittel, also insgesamt die sicherheitspolitische Ausrichtung der Bundeswehr in einer sich verändernden strategischen Umgebung, mit ein. Hier geht es darum, inwiefern der Wehrdienst mit den Aufgaben einer professionellen Einsatzarmee vereinbar ist.

### 3. Adieu, Wehrpflicht

„Stell Dir vor, die Wehrpflicht wird abgeschafft, und keiner regt sich auf.“ Eine Vorstellung, so sieht es Andreas Schwarzkopf von der Frankfurter Rundschau, die bis vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen wäre, aber auf Grund der veränderten sicherheitspolitischen Lage unabwendbar sei:

„Ein paar Nostalgiker werden wegen des Pflichtdienstes noch ein paar Tränen verdrücken. [...] Aber sie alle werden am Ende einsehen müssen: Eine moderne Bundeswehr braucht den Zwangsdienst nicht mehr. In einem weitestgehend befriedeten Europa gibt es keine Feinde mehr, die mit einem Heer einmarschieren könnten“.

Frankfurter  
Rundschau,  
15.06.2010, S. 11

Der Wehrpflicht fehle es also hierzulande mangels potentieller Feinde an sicherheitspolitischer Legitimation. Obwohl keine Panzer des Warschauer Paktes mehr die Grenzen Deutschlands bedrohen und heute Soldaten rund um den Globus in internationalen Missionen teilnehmen, gilt Vielen in Deutschland noch immer die Wehrpflicht als das nötige Band zwischen Armee und Gesellschaft.

„Doch in ihrem 55. Jahr ist die Bundeswehr alt und erfahren genug, um auch dann noch eine Bürgerarmee zu bleiben, wenn sie ihre Bürger nicht zum Dienst zwingt, sondern sie dazu einlädt“, so Joachim Käppner.

Süddeutsche  
Zeitung,  
10.06.2010, S. 4

Außerdem, so Befürworter der Abschaffung, führe das Festhalten an der Wehrpflicht zu einer Begrenzung der Kapazitäten in der Wahrnehmung internationaler Verpflichtungen. So erscheint es bei einer Gesamtstärke von über 250.000 Männern und Frauen sehr verwunderlich, dass die Bundeswehr ihre personelle Belastungsgrenze erreicht, wenn 8.000 Soldaten und Soldatinnen in internationalen Einsätzen gebunden sind.

Besonders die aktuelle Verkürzung der Wehrpflicht von neun auf sechs Monate lässt Fragen nach einer militärisch sinnvollen Ausgestaltung des Wehrdienstes aufkommen. So ist Stefan Kornelius der Meinung, dass

„keine Logik der Welt [...] vermitteln [können], warum junge Männer [...] sechs Monate lang Sicherheitspolitik der 70er Jahre nachstellen sollen“.

Süddeutsche  
Zeitung,  
13.07.2010, S. 4

Wurden doch bislang schon neun Monate als eigentlich zu kurz für die Vermittlung von militärischen Fähigkeiten angesehen, erscheint eine Ausbildung in sechs Monaten überhaupt nicht mehr möglich:

<http://tinyurl.com/382btgd> „Nach sechs Monaten Wehrpflicht ist man kein moderner Soldat. Kriegsgerät und Kriegsführung von heute setzen hoch spezialisiertes Expertentum voraus.“

Der Spiegel, 21.06.2010, S. 32 Gerade weil Wehrdienstleistende nicht in internationale Missionen geschickt werden, lernen „viele Wehrpflichtige vor allem, was man machen kann, wenn man nichts macht. Sie lernen, wie man Stunden, Tage, Wochen und Monate verbummelt, wie man Zeit bei Botengängen und auf Bürostühlen verplempert, sie lernen, vor sich hin zu träumen in ihren Einheiten und Dienststellen, auf den Fluren, Stuben und Kasernenhöfen.“

So erscheint es keineswegs überraschend, dass viele Militärs und Berater von Verteidigungsminister zu Guttenberg die derzeitige und zum wiederholten Mal verkürzte Wehrpflicht ablehnen:

FAZ, 25.06.2010, S. 2 „Unter den Spitzenmilitärs ist plötzlich niemand mehr zu finden, der diese Form der Wehrpflicht für sinnvoll erachtet.“

vgl. FAZ, 04.06.2010, S. 2 So kosten die Wehrdienstleistenden die Bundeswehr viel Geld, das besser eingesetzt werden könnte. In den nächsten vier Jahren soll Verteidigungsminister zu Guttenberg in seinem Ressort mehrere Milliarden Euro einsparen. Das größte Einsparpotential brächte ein umfangreicher Personalabbau. Finanzminister Wolfgang Schäuble hatte vorgeschlagen, auf 40.000 Berufs- und Zeitsoldaten zu verzichten. Aber auch die Aussetzung oder Abschaffung der Wehrpflicht beinhaltet Einsparpotentiale. Eine interne Studie des Verteidigungsministeriums spricht von 412 Millionen Euro, die eingespart werden könnten, wenn ab 2011 keine Grundwehrdienstleistenden mehr einberufen würden.

Nico Fried spöttelt in der Süddeutschen Zeitung in Anspielung auf zu Guttenbergs Einschätzung des Luftangriffes in Kunduz im letzten Herbst:

Süddeutsche Zeitung, 15.06.2010, S. 4 „Bis vor ein paar Wochen verteidigte Guttenberg auch die Wehrpflicht als militärisch angemessen, inzwischen nicht mehr. Wahrscheinlich haben ihm diesmal hochrangige Mitarbeiter zu lange Informationen über die Kassenlage in Deutschland vorenthalten.“

Je größer also die Einschnitte im Personalbereich der Bundeswehr ausfallen werden, desto schwieriger wird es, die Ausbildung von Wehrpflichtigen durchzuführen.

Frankfurter Rundschau, 12./13.06.2010, S. 8 „Daraus ergibt sich aber zwangsläufig das Ende der Wehrpflicht. Denn eine derart dezimierte Truppe wäre gar nicht mehr in der Lage, auf der einen Seite die Auslandseinsätze zu stemmen und zugleich im Inland 40 000 Rekruten pro Jahr auszubilden. Das Ende der Wehrpflicht ist die logische Konsequenz [...]“.

#### 4. „Erfolgsgeschichte“ weiterschreiben

Befürworter der Wehrpflicht sehen den großen Vorteil des Wehrdienstes darin, dass durch ihn alle Bürger an der Verteidigung des Staates und seiner Wertordnung beteiligt werden. Noch vor kurzem hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) als überzeugte Anhängerin der Wehrpflicht geäußert:

„Die Wehrpflicht ist eine Erfolgsgeschichte der gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland.“

<http://tinyurl.com/32fpvbr>

So sieht es auch der ehemalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU): „Bei der Wehrpflicht geht es um eine Grundüberzeugung [...], da sie die Einbindung der Bundeswehr in die Gesellschaft sichert“.

<http://tinyurl.com/24mynoo>

Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes Ulrich Kirsch pflichtet bei:

„Meine größte Sorge bei einer Aussetzung der Wehrpflicht – und alle Signale gehen in diese Richtung – ist, dass dann ein Eckpfeiler wegbricht, was die Verzahnung in die breite Gesellschaft betrifft. Da geht dann mit Sicherheit ein Stück Bindungswirkung verloren.“

Die Welt, 05.07.2010, S. 4

Gerade durch die Integration von Wehrdienstleistenden in die Armee könne sichergestellt werden, dass die Bundeswehr fest in die Zivilgesellschaft eingegliedert bleibt:

„Das geht aber nur, wenn immer wieder Zivilisten – die wie selbstverständlich ihre demokratischen Grundrechte auf die Würde des Menschen, Redefreiheit und politisches Engagement nutzen – in der Bundeswehr dienen. Machen wir uns nichts vor: Würde sich Deutschland für eine Berufsarmee entscheiden, wäre das Personal ein anderes. Im schlimmsten Fall hätten wir eine Horde Rambos vor uns, die sich mental von der Demokratie abkoppeln und ihre eigenen Ziele verfolgen. Eine Armee als Staat im Staate? Das kann keiner wollen“, so Lutz Kinkel.

<http://tinyurl.com/382btgd>

Befürworter der Wehrpflicht verweisen zusätzlich darauf, dass ein Angriff auf Deutschland nicht ganz auszuschließen sei. Durch die Wehrpflicht erhalte die Bundeswehr durch die damit bereitgestellten personellen Ressourcen die Fähigkeit, auf alle Risiken flexibel zu reagieren. Somit rechtfertige die Wehrpflicht den drastischen Einschnitt in die Lebensplanung junger Männer.

FAZ, 05.06.2010, S. 12

Brigadegeneral a.D. Klaus Wittmann beschreibt die besondere Verantwortung Deutschlands für die „Grundstabilität“ des europäischen Kontinents:

„Dazu gehört – auch ohne konkrete Bedrohung – Aufwuchsfähigkeit als flexibles Mittel der Krisenbeherrschung, was Wehrpflicht und ein vernünftiges Reservistenkonzept bedingt. Sicherheitspolitik ist auch Vorsorge gegen Unvorhersehbares.“

FAZ, 05.06.2010, S. 12

Bundeskanzlerin Merkel stellte – wenn auch nicht ganz so deutlich – die sicherheitspolitische Bedeutung der Wehrpflicht hervor:

Süddeutsche Zeitung, 21.06.2010, S. 6

„Wir halten die Wehrpflicht nicht aus haushaltspolitischen Gründen für richtig. Sondern wir glauben, dass dies die richtige Antwort auf die sicherheitspolitischen Notwendigkeiten ist.“

<http://tinyurl.com/386dxkw> Für den bayerischen Innenminister Joachim Herrmann (CSU) zählen in der Debatte um die Abschaffung der Wehrpflicht ausschließlich sicherheitspolitische, aber keine finanziellen Argumente: „Wir dürfen keine Sicherheitspolitik nach Kassenlage machen“. Er betont, dass das „über Jahrzehnte vertretene Grundbekenntnis zur Wehrpflicht“ nicht „von heute auf morgen aus haushaltspolitischen Gründen zur Disposition gestellt“ werden kann.

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU), deren Ministerium für den Zivildienst zuständig ist, betonte ebenfalls in der Passauer Neuen Presse, dass eine Aussetzung der Wehrpflicht nur verteidigungspolitisch begründbar wäre:

<http://tinyurl.com/3adzguo> „Eine solche Entscheidung sollte man nicht nach Kassenlage treffen und mit Sparzwängen rechtfertigen“.

Und gerade bei den finanziellen Aspekten der Diskussion um die Abschaffung der Wehrpflicht sehen deren Befürworter einen Vorteil in der Beibehaltung der aktuellen Praxis. Der Sold, den ein Freiwilliger in einer Berufsarmee bekommen würde, wäre sicherlich höher als der eines Wehrdienstleistenden. Brigadegeneral a.D. Klaus Wittmann kommt zu dem Schluss,

FAZ, 05.06.2010, S. 12 „eine reine Freiwilligenarmee wäre entweder erheblich teurer oder – für eine Mittelmacht wie Deutschland in unangemessenem Maße – kleiner.“

An diesem Punkt wird vor allem auf die Erfahrungen verwiesen, die viele Staaten mit der Abschaffung der Wehrpflicht gemacht haben. So plädiert Wittmann dafür, dass sich Deutschland nicht beeilen sollte,

FAZ, 05.06.2010, S. 12 „die schlechten Erfahrungen seiner Nachbarn mit der Abschaffung der Wehrpflicht selbst zu machen. Vermutlich würde es [Deutschland] sie abschaffen, ohne die riesigen Geldsummen aufzubringen, welche zum Beispiel die Vereinigten Staaten für Rekrutierung, Qualifizierung, Familienfürsorge, Berufsattraktivität und Weiterverpflichtung ausgeben.“

Somit entlaste die Abschaffung der Wehrpflicht keineswegs den Etat des Verteidigungsministeriums. Wer den Pflichtdienst gänzlich abschaffen will, müsse demnach bereit sein, für das Militär langfristig sehr viel mehr Geld aufzubringen, so die Befürworter der Beibehaltung.

## 5. Ausblick

Süddeutsche Zeitung, 30.11.2010, S. 5 Verteidigungsminister zu Guttenberg hat in den letzten Wochen immer wieder einen freiwilligen Wehrdienst, eigentlich eine SPD-Forderung, in die Debatte einfließen lassen, der zukünftig den Pflichtwehrdienst ersetzen könne. Der Minister sprach von einem „bis zu einem Jahr dauernden Dienst am Vaterland“, der durch einen höheren Sold und eine verbesserte Ausbildung attraktiver sein soll.

Doch bereits heute hat die Bundeswehr damit zu kämpfen, geeignetes Personal zu finden:

„Wenn wir als Streitkräfte nicht wesentlich attraktiver werden, als wir es heute sind, werden wir nicht mehr die Menschen zu uns holen, die wir brauchen – nämlich Soldaten, die interkulturell kompetent, klug und gut ausgebildet sind“,

Die Welt,  
05.07.2010, S. 4

so Bundeswehrverbandsvorsitzende Ulrich Kirsch.

Vieles wird in den folgenden Monaten von dem Bericht der Strukturkommission unter der Leitung von Frank Weise abhängen. Kommt sie zu dem Schluss, dass in der zukünftigen Struktur der Bundeswehr keine Notwendigkeit mehr für Wehrdienstleistende besteht, dann kann man die geführte Debatte um die Verkürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate durchaus als die „*Letzte Ölung eines Todgeweihten*“ betrachten.

FAZ, 12.06.2010,  
S. 12

Wird die Wehrpflicht ausgesetzt oder abgeschafft, stellt sich auch die Frage, wie mit dem ebenfalls wegfallenden Zivildienst umgegangen wird. Hier gehen die Lösungsvorschläge von der Besetzung von Zivildienststellen mit Arbeitslosen über freiwilligen Zivildienst bis zu einem verpflichtenden Gesellschaftsdienst. SPD-Präsidiumsmitglied Heiko Maas argumentiert in diesem Zusammenhang:

„An die Stelle der Wehrpflicht und des dann ebenso in der heutigen Form obsoleten Zivildienstes sollte ein allgemeines soziales Pflichtjahr für alle jungen Erwachsenen rücken.“

<http://tinyurl.com/wn6y4w>

Die Debatte um die Abschaffung der Wehrpflicht ist nicht neu. Im Kontext der Finanzlage wird aber nun erstmals ernsthaft über die Aussetzung oder Abschaffung der Wehrpflicht diskutiert und allgemein die Frage gestellt, welche Streitkräfte Deutschland braucht und welchen Auftrag diese verfolgen sollen. Insofern haben die Finanzkrise und das Spardiktat des Grundgesetzes die Debatte um die Zukunft der deutschen Streitkräfte, ihre Zusammensetzung, ihre Ausstattung, ihre Ziele und Einsätze beschleunigt. Damit wurde eine gesellschaftliche Diskussion über die Zukunft der Bundeswehr wiederbelebt, die 20 Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts schon lange überfällig war.

„So wird die Finanzkrise in Europa und ganz besonders in Deutschland eine Militärreform erzwingen“, sagt Stefan Kornelius in der Süddeutschen Zeitung voraus.

Süddeutsche  
Zeitung,  
13.07.2010, S. 4

Letztlich geht es „um neue Strukturen, es geht um eine neue Verankerung des Militärs im Staat, und es geht darum, Abschied zu nehmen von klassischen sicherheitspolitischen Vorstellungen der Landesverteidigung und der militärischen Souveränität.“

Die Zukunft der deutschen Wehrpflicht ist eng an diese Reform gebunden. Verteidigungsminister zu Guttenberg hob in einer Rede hervor:

„Die Wehrpflicht war in der 50-jährigen Geschichte der Bundeswehr die richtige Wehrform.“

Frankfurter  
Rundschau,  
12./13.06.2010, S. 8

Es wird kein Zufall gewesen sein, so Steffen Hebestreit, dass der Verteidigungsminister die Vergangenheitsform wählte.